

DER DIREKTOR

der

Eidgenössischen Handelsabteilung

Bern, den 31. März 1971

Streng vertraulichNotiz an Herrn Bundesrat Graberp.B. 15.11.A.2.

Anlässlich der gegenwärtig in Bern stattfindenden Tagung des schweizerisch-deutschen handelspolitischen Regierungsausschusses hat der deutsche Delegationschef, Botschafter Hermes, Leiter der Aussenhandelsabteilung des Auswärtigen Amtes, eine vertrauliche Unterredung mit mir verlangt.

Thema bildete die DDR. Die Regierung in Bonn sei besorgt über die Möglichkeit eines schweizerischen Schrittes, der im heutigen Zeitpunkt die internationale Konstellation wesentlich beeinflussen könnte. Die Herstellung offizieller Beziehungen irgendwelcher Art zwischen der Schweiz und der DDR würde angesichts der bisherigen Zurückhaltung unseres Landes als Signal dafür aufgefasst, dass das Ringen der Bundesrepublik um eine Berlin-Regelung als aussichtslos angesehen werde und die ostdeutsche Hartnäckigkeit zum gewünschten Erfolg führe. Dadurch würde die deutsche Ost-Politik, die in einer besonders kritischen Phase stecke, durchkreuzt.

Einer Annäherung der Schweiz käme international weit grössere Bedeutung zu als einer diplomatischen Anerkennung der DDR durch weitere Entwicklungsländer, die z.B. im Falle Chiles täglich erwartet und keine ernsthaften Repressalien der BRD gegenüber dem betreffenden Entwicklungsland auslösen würde. Auch die Zulassung der DDR zur Unterzeichnung gewisser internationaler Konventionen wäre weniger gravierend. Dagegen widersetze sich die Bundesrepublik mit den drei Westmächten weiterhin einer Aufnahme der DDR in internationale Organisationen. Am schlimmsten aber wäre die diplomatische Anerkennung der DDR durch ein neutrales Land der westlichen Welt oder die Herstellung offizieller Beziehungen.



Ich antwortete Botschafter Hermes, dass die Schweiz die deutschen Entspannungsbemühungen mit grossem Interesse verfolge und sicher nicht zu behindern wünsche. Sie habe denn auch der Bundesrepublik gegenüber aus ihren Kontaktgesprächen mit der DDR nie ein Geheimnis gemacht. Dies bedeute, dass die Schweiz bei aller Autonomie des Vorgehens den deutschen Erwägungen Rechnung zu tragen suche.

Die Aufrechterhaltung der von uns bewusst eingeschlagenen möglichst langsamen Gangart der Gespräche mit der DDR werde nun aber zunehmend schwieriger. Ich erinnerte Botschafter Hermes daran, dass Staatssekretär von Braun und er selber mir im Februar des vergangenen Jahres bereits ähnliche Erwägungen unter Hinweis auf den damals besonders ungünstigen Zeitpunkt vorgetragen hätten. Diese "augenblickliche Situation" daure nun aber schon seit länger als einem Jahr und es bestünden wohl kaum Anzeichen, dass sie sich ändern werde. Obschon schweizerischerseits keine unmittelbare neue Wendung bevorstehe, müsse das Gespräch mit der DDR doch mit der Zeit zu einem Abschluss gebracht werden.

Ich erwähnte folgende Gründe, die für eine Normalisierung unseres Verhältnisses zur DDR sprechen:

- Bereinigung einer neutralitätspolitischen Inkonsequenz;
- Schutz der Schweizerbürger in der DDR;
- Bereinigung der vermögensrechtlichen Ansprüche aus dem zweiten Weltkrieg und der folgenden Nationalisierungsperiode;
- Aufholen des Rückstandes gegenüber den meisten übrigen westeuropäischen Ländern.

Ich liess ferner durchblicken, dass im Parlament und in den politischen Parteien trotz einhelliger Ablehnung des DDR-Regimes die Anerkennungsfrage in letzter Zeit häufiger aufgeworfen werde; nicht zuletzt wegen der Aktivierung der Ostpolitik durch Bonn.

Was die Form der Regelung unserer Beziehungen zur DDR an-

betrifft, versicherte ich Botschafter Hermes, dass die Schweiz weder die Herstellung konsularischer Beziehungen mit Exequatur und noch viel weniger eine diplomatische Anerkennung in Erwägung ziehe. Wenn wir unsere Gesprächspartner aus Ostdeutschland darüber nicht im Zweifel liessen, hätten diese ihrerseits die minimalistische Lösung einer privatwirtschaftlichen Kammervertretung ausgeschlossen. Die Sondierungsgespräche hätten deshalb den Zweck, zu ermitteln, ob eine Zwischenlösung denkbar wäre.

2 dr
Botschafter Hermes zog daraus sofort den Schluss, dass somit eine offizielle Handelsmission in Diskussion stehe, und unterstrich, dass dies ein Novum und daher einen eindeutigen Fortschritt für die DDR darstellen würde. Die Bedenken Bonns bezögen sich auch auf diese Form der Beziehungen, da in den beiden Hauptstädten konsularische Anknüpfungspunkte geschaffen würden. Ich erwähnte somit nicht, dass wir beabsichtigen, die DDR-Mission auf Zürich abzudrängen; dies könnte in Zukunft der BRD als Entgegenkommen auf ihre Vorstellungen präsentiert werden.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs versuchte ich, Botschafter Hermes von zweierlei zu überzeugen:

- dass die Schweiz weiterhin bereit ist, die Interessen der BRD in ihre Erwägungen einzubeziehen, und daher Bonn gegenüber auch in Zukunft mit offenen Karten spielen wird;
- dass die schweizerische Politik gegenüber der DDR jedoch einen eigenständigen Charakter haben muss und unser Vorgehen nicht so weit mit Bonn koordiniert werden kann, dass daraus auf eine Abhängigkeit geschlossen werden könnte.

Botschafter Hermes zeigte Verständnis für diese beiden Erwägungen, die ihm aber schwer zu vereinbaren schienen. Er stellte die spezifische Frage, ob unter diesen Umständen die Schweiz die Möglichkeit sehen würde, eine Regelung ihres Verhältnisses zur DDR aufzuschieben, bis zum Zeitpunkt, in dem die innerdeutschen Gespräche zum gewünschten Ergebnis geführt

- 4 -

hätten. Ich verneinte dies kategorisch. Nicht nur würde die schweizerische Neutralitätspolitik dadurch ihre Glaubwürdigkeit verlieren, sondern wir hätten in einem solchen Zeitpunkt auch keinerlei Verhandlungskraft mehr, um unsere Begehren gegenüber der DDR durchzusetzen.

Hermes zeigte sich über meine Reaktion nicht erstaunt und folgerte, dass unter diesen Umständen die Schweiz möglichst spät, d.h. erst kurz vor dem Abschluss des innerdeutschen Gesprächs, wenn dessen Erfolg weitgehend gesichert sei, ihre Vereinbarung mit der DDR abschliessen sollte. Im übrigen lege Aussenminister Scheel grossen Wert darauf, mit Ihnen Ende Mai dieses Problem persönlich eingehend besprechen zu können. Man erwarte, dass die Schweiz bis dahin nichts präjudizieren werde.

Ich glaube, dass aus dieser Unterredung der Schluss gezogen werden kann, dass die BRD unser Vorgehen gegenüber der DDR genauestens verfolgt und, im Gegensatz zu der von Prof. Freymond in der Arbeitsgruppe Historische Standortsbestimmung vertretenen Auffassung, tatsächlich schwerwiegende negative Auswirkungen auf ihre Ostpolitik befürchtet. Im übrigen habe ich soeben aus privater Quelle vernommen, dass derartige Befürchtungen auch von Mitgliedern des Deutschen Bundestages gehegt werden.

Unter diesen Umständen sollten wir einerseits zu weiteren Konsultationen mit Bonn durchaus bereit sein - wie Sie dies beabsichtigen; andererseits dürfte die Betonung der Notwendigkeit eines unabhängigen Vorgehens zur Wahrung der neutralitätspolitischen Glaubwürdigkeit und unserer nationalen Interessen die BRD am ehesten davon überzeugen, dass sie unsere Anliegen in anderen Bereichen, vor allem demjenigen der Integration, nicht vernachlässigen darf. Nur durch ein entsprechend ernsthaftes und aktives Verhalten kann sich Bonn die Chancen für eine noch weitergehende Rücksichtnahme der Schweiz in der DDR-Frage verbessern.

Schliesslich sollten wir in dieser Angelegenheit, wie bereits vorgesehen, auch mit Oesterreich, das sich in ähnlicher Lage befindet, in engem Kontakt bleiben.

